

Die NPD in Berlin

2007

1 VORBEMERKUNGEN

Der Berliner Landesverband der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) hat seinen bereits 2005 begonnenen Aufschwung fortgesetzt und sich zum zentralen rechtsextremistischen Akteur in der Stadt entwickelt. Dem Landesverband gelang es, sich als Ansprechpartner nahezu aller rechtsextremistischen Spektren von der deutschnationalen „Deutschen Volksunion“ (DVU) über das neonazistische Kameradschaftsnetzwerk bis zum Musiknetzwerk zu etablieren. Diese Position ist eng mit der Person des im November 2005 gewählten Landesvorsitzenden, Eckart Bräuniger, verbunden. Gegenwärtig sind folgende Entwicklungen festzustellen:

- Der NPD-Landesverband hat seine Parteistrukturen über das gesamte Stadtgebiet ausgebaut und die Zahl seiner Mitglieder erhöht.
- Die strategische Ausrichtung der NPD zielt darauf ab, sich mit Hilfe einer „Graswurzelstrategie“ auf lokaler Ebene in der Gesellschaft zu verankern und gleichzeitig die Führungsrolle in der rechtsextremistischen „Volksfront“ auszubauen.
- Das gestiegene Selbstbewusstsein der NPD mündet bislang nicht in öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie die angekündigte „Veranstaltungsoffensive“.
- Der gegenwärtige Aufschwung der Partei wird durch ihre dünne Personaldecke sowie das weiterhin brüchige „Volksfront“-Bündnis begrenzt.

2 PARTEISTRUKTUREN

Gründung neuer Kreisverbände

Die seit dem Jahr 2005 zu beobachtende Stärkung der Parteistrukturen des NPD-Landesverbands setzte sich mit der Gründung der Kreisverbände „Nord“ und „Tempelhof-Schöneberg“ im Februar 2006 fort.¹ Gemeinsam mit dem erst im Oktober 2005 geschaffenen Kreisverband „Neukölln“ erhöhte die Partei innerhalb von drei Monaten die Anzahl ihrer Untergliederungen von fünf auf acht. Diese decken nunmehr das gesamte Stadtgebiet ab. Alle drei neuen Kreisverbände entstanden im Westteil Berlins, der zuvor nur von einem Kreisverband betreut worden war. Mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl wollte sich die Partei offensichtlich nicht auf das östliche Stadtgebiet beschränken. Gleichzeitig wurde die Außendarstellung der Kreisverbände systematisiert, sie wurden durchnummeriert und einheitlich im Internet präsentiert. Die NPD begründete den organisatorischen Ausbau mit dem Ziel,

„durch mehr wohnortnahe Parteistrukturen die regionalpolitische Kompetenz der NPD in Berlin zu festigen und somit die Belange der Bürger vor Ort besser unterstützen zu können.“²

¹ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2005. Berlin 2006, S. 62 – 65.

² Jörg Hähnel: Kreisverband Nord gegründet. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 6.2.2006.

In der Folgezeit unterblieb jedoch die zuletzt im Februar 2006 angekündigte Gründung weiterer Kreisverbände.

Die bestehenden Parteigliederungen unterscheiden sich hinsichtlich ihres Aktivitätsniveaus deutlich. Am aktivsten sind die Kreisverbände in Pankow (8), Tempelhof-Schöneberg (3) und Neukölln (9). Zu ihren öffentlichkeitswirksamen Anstrengungen gehören propagandistische Aktionen im Internet und auf der Straße ebenso wie der Versuch, Anschluss an regionale Bürgerinitiativen – wie etwa die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e. V.“ (ipahb) gegen den Bau einer Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde – zu finden. Weitgehend inaktiv sind die NPD-Verbände in Treptow-Köpenick, Reinickendorf (2) und Spandau (1).

Steigerung der Mitgliederzahl

Im gleichen Zeitraum hat die NPD sowohl bundesweit als auch in Berlin Mitglieder hinzugewonnen. Die Bundespartei verfügte 2006 über ca. 7 000 Mitglieder (2005: ca. 6 000), der Berliner Landesverband zählte ca. 210 Mitglieder (2005: ca. 175). Für das Jahr 2007 erhofft sich der Landesverband eine Verdoppelung seiner Mitgliederzahl. Allerdings ist eine relativ hohe Mitgliederfluktuation festzustellen, was sich negativ sowohl auf die Kontinuität wie die Qualität der Partearbeit auswirkt. Lediglich der Landesvorsitzende entfaltet aufgrund seiner langjährigen Verwurzelung im Rechtsextremismus, seiner hohen Autorität und seiner guten Kontakte eine integrative Wirkung innerhalb des Landesverbands.³

3 STRATEGISCHE AUSRICHTUNG

Breiteres inhaltliches Angebot

Stärker als in den vergangenen Jahren bemüht sich die Berliner NPD um das Aufgreifen regionaler und kiezbezogener Themen. Durch die breitere inhaltliche Positionierung versucht sie, ihre politische Arbeit zu professionalisieren. Sie adaptierte das vor allem in östlichen Bundesländern zum Teil erfolgreiche Konzept der „völkischen Graswurzelrevolution“. Dahinter verbirgt sich die Absicht, mit „moderatem Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen“ zum „integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens zu werden“.⁴ Die soziale Verwurzelung vor Ort hat die NPD in Berlin allerdings nicht erreicht. Außerhalb der Wahlkampfzeiten besitzt sie im öffentlichen Leben der Bezirke kaum Einfluss. Zudem unterblieb zumeist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen zugunsten des Versuchs einer populistischen Skandalisierung.

Nach einem in den Medien verbreiteten Fall von Kindesmisshandlung in Neukölln kündigte die Partei im Februar 2006 an, uniformierte NPD-Anhänger würden als „Kiezstreifen gegen Kinderschänder“ durch das betroffene Viertel patrouillieren. Männer, die ein Kind begleiteten, sollten sich darauf gefasst machen, von der „Kiezstreife“ angesprochen zu werden. Zudem

³ Der Frauenanteil unter den NPD-Mitgliedern beträgt in Berlin ca. 20 Prozent. In den Führungspositionen der Partei sind Frauen unterrepräsentiert. So wird lediglich der Kreisverband „Lichtenberg“ von einer Frau geleitet.

⁴ Jürgen Gansel: Angst vor der völkischen „Graswurzelrevolution“. In: „Deutsche Stimme“ Nr. 07/2006 vom Juli 2006, S. 11.

verlangte sie die „Todesstrafe für Kindermörder“⁵. Anlässlich einer weiteren Kindesmisshandlung in Neukölln, die durch einen Bürger mit Migrationshintergrund begangen wurde, forderte die NPD die Errichtung von Ausländerghettos in Neukölln:

„Neukölln muß sozial umgebaut werden. Ausländer sind von Deutschen räumlich zu trennen und schrittweise in ihre Heimat zurückzuführen.“⁶

Die NPD beteiligte sich auch an den Protesten gegen einen „interkulturellen Garten“ in Lichtenberg und gegen den geplanten Bau einer Moschee im Pankower Ortsteil Heinersdorf. Sie versuchte, an die bürgerlichen Ablehnungen anzuknüpfen und diese mit fremdenfeindlichen Ressentiments zu unterfüttern. So wurde das Moschee-Bauvorhaben in der NPD-Propaganda mit gewalttätigen, terroristischen oder kriegerischen Akten in Verbindung gebracht, um Überfremdungsängsten Vorschub zu leisten und ein tolerantes, friedliches Zusammenleben zu beeinträchtigen. Die Berliner NPD bezeichnete die Moschee als „Vorposten des Islam“, der ein „erster Bote der schleichenden Überfremdung“ in Pankow sei.⁷ Dies führe langfristig zu gewalttätigen Anschlägen:

„Angesichts jüngster Drohungen islamistischer Fanatiker ‚Wenn die westlichen Hauptstädte nicht brennen wollen wie Paris [...]‘ ist abzusehen, was auch auf den Bezirk zukommt.“⁸

In den vier Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) brachte sich die NPD bislang mit einer Mischung aus symbolischen und sachbezogenen Anträgen und Anfragen ein. Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf boykottierte sie eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und forderte eine gesonderte Feierstunde für die Opfer des Stalinismus. Auf der Ebene der Sachpolitik stellte sie verschiedene Anträge mit Bezug zur Straßenverkehrsführung und zur Nutzung von Natursteinen aus heimischer Produktion. Mehrere Anfragen hatten aber auch die angebliche Verschwendung öffentlicher Gelder und Kriminalität von Migranten zum Thema. In der BVV Lichtenberg griff sie die in der Vergangenheit von Teilen des Kameradschaftsnetzwerks erhobene Forderung nach der Errichtung eines „nationalen Jugendzentrums“ mit einem entsprechenden Antrag auf.

Ein inhaltlich abgestimmtes Vorgehen war dabei nicht zu erkennen. Zwar wurden in Einzelfällen nahezu gleichlautende Anträge in mehrere BVV eingebracht, in der Regel standen die Aktivitäten der NPD-Verordneten jedoch in keinem Zusammenhang. Weder verfügen die Fraktionen über ein zentrales Agitationsthema, noch ist ihnen die Anbindung an die Problemlagen vor Ort gelungen. So wurde etwa die im Wahlkampf in Aussicht gestellte Einrichtung von Beratungsbüros für hilfsbedürftige Empfänger von Sozialleistungen (Hartz IV) nicht umgesetzt.

Folglich nahm der Vorsitzende des NPD-Landesverbands in einer ersten Bilanz nicht Bezug auf die geleistete Sacharbeit, sondern auf die hinter den Wahlteilnahmen seiner Partei stehende

⁵ Kiez-Streife gegen Kinderschändung. Flugblatt des NPD KV 9 (Neukölln) und des JN-Stützpunktes Neukölln. Mit Verfügung vom 3.2.2006 wurde das Vorhaben vom Polizeipräsident in Berlin untersagt, da die angekündigte „Kiezstreife“ gegen das Uniformierungsverbot gemäß § 3 Abs. 1 VersG verstößt und den Tatbestand der Amtsanmaßung gemäß § 132 StGB erfüllt.

⁶ Wieder und wieder und wieder Neukölln. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 1.8.2006.

⁷ Schöne Aussicht in Pankow? Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 6.3.2006.

⁸ Ebenda.

politische Strategie.⁹ Er diffamierte die demokratischen Parteien und stilisierte die NDP-Fraktionen zur Fundamentalopposition. Als Erfolg verbuchte er allein die öffentlichkeitswirksamen Reaktionen auf den Einzug der NPD in die BVV. In gleicher Weise war ein Neuköllner Verordneter bemüht, den vorausseilenden Verzicht auf kommunalpolitische Teilhabe zu rechtfertigen:

„Zu zweit gegen 53 Blockflöten kann man nicht viel bewegen, allerdings ist eine gewisse Kontrolle möglich und man kann schon mal auf den Putz bauen.“^{d0}

Diese Strategie scheint unterdessen nicht aufzugehen. Nach anfänglich großem Aufsehen, lässt mittlerweile selbst innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums das Interesse an der Tätigkeit der NPD-Fraktionen merklich nach.

Ungeachtet der proklamierten „Graswurzelstrategie“ bleibt der Berliner NPD-Landesverband aktionsorientiert und neonazistisch ausgerichtet. Diesen Kurs bestätigte der Landesvorsitzende im Februar 2007. Auf dem Landesparteitag erklärte er, die Partei mit „politisch nationaler und sozialer“ Orientierung leiten zu wollen. In einem auf dem Parteitag verabschiedeten „Aktionsprogramm ‚Neues Berlin‘“ werden die Leitlinien für die politische Arbeit der kommenden Jahre festgelegt. Dieses Aktionsprogramm präsentiert zahlreiche klassische rechtsextremistische Themenfelder wie Ausländerfeindlichkeit („Wir fordern: Trennung von Deutschen und Ausländern in Hort und Schule“), völkische Gemeinschaft („Gleichartige Kultur, Menschen und der gemeinsam erlebte und gestaltete Lebensraum“) und Revisionismus („Die NPD will den Schuldkomplex der Deutschen überwinden; nur so kann das Selbstbewusstsein und damit die innere Einheit der Deutschen hergestellt werden“). In Anspielung auf den rechtsextremistischen Zahlencode „88“ (für „Heil Hitler“) fordert die NPD einen „Mindestlohn ich Höhe von 8,80 Euro“. Häufig werden in dem Programm tatsächliche Problemlagen lediglich angerissen und als Ausgangspunkt für nationalistische Argumentationsketten genutzt. So wird aus dem Umweltschutz die Forderung nach einer völkischen Gesellschaftsordnung:

„Umweltschutz und ein entsprechendes Bewußtsein fangen also beim Menschen in seinen Gemeinschaften und seiner Kultur an. Wer also die Umwelt schützen, aber die Völker nicht erhalten möchte, betreibt oberflächliche Augenwischerei.“

„Volksfront“ unter Führung der NPD

In der Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Personenzusammenschlüssen gelang es der NPD, sich als der zentrale rechtsextremistische Akteur in Berlin zu etablieren. Bereits im Januar 2006 kündigten NPD und DVU mit der propagandistischen Kampagne „Das RECHTS-Bündnis“ eine engere Zusammenarbeit an:

„Mit einer offensiven Aufklärung über die bisherige und auch künftige gute Zusammenarbeit zwischen NPD und DVU werden beide Parteien in den kommenden Monaten mit eigens hierzu erstellten

⁹ Eckart Bräuniger: NPD in den Rathäusern – Eine erste Bilanz. In: Weiterdenken. Mitteilungsblatt des Berliner NPD-Landesverbands Nr. 1/2007 vom April 2007, S. 1.

¹⁰ Buschkowsky irrte. In: Weiterdenken. Mitteilungsblatt des Berliner NPD-Landesverbands Nr. 1/2007 vom April 2007, Ausgabe Neukölln, S. 2.

*Flugblättern und Aufklebern die Berliner Bürger informieren. [...] In Berlin funktioniert das Bündnis einwandfrei und genau das möchten beide Landesvorsitzenden [...] mit dieser Kampagne aufzeigen.*¹¹

Höhepunkt dieser Zusammenarbeit unter der Führung der NPD war der gemeinsame Antritt zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen 2006. Die DVU verzichtete gemäß dem „Deutschland-Pakt“ auf eine Kandidatur und stellte im Gegenzug Kandidaten auf den NPD-Wahllisten. Für das Wahlkampfmaterial zeichneten NPD, DVU – und meist auch die „Freien Kräfte“ – gemeinsam verantwortlich. Dennoch scheiterte die NPD bei der Abgeordnetenhauswahl mit 2,6 Prozent der Zweitstimmen deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei der Wahl zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) trat die NPD in fünf der zwölf Bezirke an und zog in vier Bezirken mit insgesamt elf Mandaten in die BVV ein.

Im Ergebnis profitierte die NPD stärker von der Zusammenarbeit als die DVU. Der Einzug in die BVV verschaffte der NPD ein öffentlichkeitswirksames Forum. Sie kann künftig Räume in den Bezirksämtern nutzen und erhält in begrenztem Umfang Finanzmittel. Darüber hinaus spiegelt sich der ungleichgewichtige Nutzen der Kooperation neben dem einseitigen Imagegewinn innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums auch in Parteieintritten wider. So sollen mehrere DVU-Mitglieder zusätzlich in die NPD eingetreten sein, darunter zwei der drei BVV-Mitglieder der DVU.

Die traditionell aktionsorientierte und neonazistische Ausrichtung der NPD in Berlin erleichterte auch die Zusammenarbeit mit Angehörigen des Kameradschaftsnetzwerks. Zahlreiche „Freie Kräfte“ unterstützten die Partei im Wahlkampf zum Beispiel durch das Kleben von Plakaten. Die NPD übernahm in mehrere Fällen an Stelle der Kameradschaften die Anmeldung und Durchführung von Demonstrationen. So demonstrierte sie unter anderem anlässlich der Unruhen in französischen Vorstädten am 18. März 2006 in Charlottenburg (ca. 90 Teilnehmer) unter dem Motto „Keine Pariser Zustände in Berlin – Berlin ist eine deutsche Stadt“ und gegen den SPD-Bundesparteitag am 25. März 2006 in Köpenick unter dem Motto „Rote Karte für Rot-Rot. Linken Etikettenschwindel aufdecken“ (ca. 160 Teilnehmer).

Die NPD beteiligte sich mit Rednern an Demonstrationen der „Freien Kräfte Berlin“ (FKB). Auf der seit 2003 jährlich durchgeführten, bereits traditionellen Demonstration parteiungebundener Rechtsextremisten am 9. Dezember 2006 in Rudow unter dem Motto „Jugend braucht Perspektiven – Für ein nationales Jugendzentrum“ sprachen vor ca. 210 Teilnehmern mit dem Bundes-, dem Landes- und dem Neuköllner Kreisverbandsvorsitzenden ausschließlich Funktionsträger der NPD.

Die Verbundenheit mit dem rechtsextremistischen Musiknetzwerk zeigte sich an der Organisation der Demonstration „Freiheit für Lunikoff“ am 21. Oktober 2006 durch die NPD. „Lunikoff“ ist der Spitzname für den Sänger der ehemaligen rechtsextremistischen Band „Landser“, deren Mitglieder im Dezember 2003 vom Berliner Kammergericht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt wurden.¹² Dieser war vor seiner Inhaftierung der führende Kopf des rechtsextremistischen Musiknetzwerks und Anführer der „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“; er genießt weiterhin großes Ansehen in der Szene. Der Berliner

¹¹ Stella Palau: NPD-Berlin startet Kampagne „Das RECHTS-Bündnis“. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 19.1.2006.

¹² Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2003. Berlin 2004, S. 46 ff.

NPD-Landesvorsitzende war vor seiner Karriere in der NPD ebenfalls ein führender Aktivist im Netzwerk Musik.¹³ Er wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig auf den Jahresfeiern der „Vandalen“ und anderen szeneeinternen Feiern polizeilich festgestellt. Neben dem Bundes- und dem Landesvorsitzenden trat einer der bundesweit führenden aktionsorientierten Rechtsextremisten auf, der im September 2004 einer der Wegbereiter des „Volksfront“-Bündnisses war und 2004 in den NPD-Bundesvorstand gewählt wurde.

Die Verbindung der Demonstration mit einer Musikdarbietung sorgte für einen Mobilisierungserfolg von ca. 750 Teilnehmern. Die Reaktionen von Teilnehmern im Internet zeigen, dass die Durchführung dieser Veranstaltung zu einem Reputationsgewinn der NPD unter den aktionsorientierten Rechtsextremisten aus dem Musiknetzwerk geführt hat. Daneben offenbarte die Demonstration das strategische Agieren der NPD zwischen gemäßigerem Auftreten und eindeutigem Bekenntnis zu neonazistischen Positionen. Während sich die Partei im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl bis zum 17. September mit Blick auf eine beabsichtigte breitere Wählbarkeit Zurückhaltung auferlegt hatte, führte sie nur knapp einen Monat später eine Solidaritätsdemonstration für einen verurteilten Straftäter und Autor menschenverachtender Texte durch. Der Einsatz der NPD für die Integrationsfigur des Musiknetzwerkes kann als Dank an die aktionsorientierten Rechtsextremisten für ihre Unterstützung im Wahlkampf und ihre Loyalität verstanden werden. Die NPD stellte den Inhaftierten verharmlosend als „politischen Gefangenen“ dar:

„Michael Regener, bekannt als Lunikoff, rebellierte auf künstlerische Weise und transportierte die Sehnsucht einer ganzen jungen Generation nach Erneuerung und nach einem Land, das die Heimat der Deutschen sein soll. Das war den Zensoren und Meinungsbütern ein Dorn im Auge.“¹⁴

Angesichts der Texte von „Landser“ ist eine solche Solidarisierung weder gemäßigeren Parteimitgliedern noch potenziellen Wählern aus dem bürgerlichen Spektrum vermittelbar. „Landser“ textete:

*„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,
Sie hätten hier das freie Recht zu wählen,
Das Recht zu wählen,
Das haben sie auch,
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“¹⁵*

4 AKTIVITÄTEN

Gestiegenes Selbstbewusstsein der Bundespartei

Die Entwicklung und die Ausrichtung des Berliner Landesverbandes verläuft gleichförmig mit der Bundespartei. Das sichtbarste Zeichen eines gestiegenen Selbstbewusstseins der NPD war die erstmalige Durchführung des Bundesparteitages am 11. und 12. November 2006 in Berlin. Auf dem Rechtsweg sicherte sich die NPD am Vorabend des Veranstaltungstages die Nutzung des

¹³ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin 2005, S. 34 f.

¹⁴ Freiheit für Michael „Lunikoff“ Regener. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbandes, datiert vom 10.10.2006.

¹⁵ „Landser“: Ran an den Feind. 2000.

Fontane-Hauses in Reinickendorf und führte dort ihren Parteitag unter Beteiligung von ca. 550 Rechtsextremisten durch, darunter 232 Delegierte. Begleitet von ca. 400 Gegendemonstranten und einem starken Polizeiaufgebot verlief der Parteitag weitgehend störungsfrei. Mit der Wahl des Tagungsortes dokumentierte die NPD ihre bundespolitischen Ambitionen, auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl. Der NPD-Sprecher gab bekannt: „Wir wollen von [Berlin] aus ein Signal entsenden, dass wir 2009 in den Bundestag wollen.“¹⁶ Das Parteitagsmotto „Aus der Mitte des Volkes“ unterstreicht die Hoffnung, eine gesellschaftlich relevante Kraft zu werden und sich von der gesellschaftlichen Stigmatisierung schrittweise zu lösen. Wegen der befürchteten Protestaktionen hatte die NPD in der jüngeren Vergangenheit ihre Bundesparteitage noch in kleineren Ortschaften durchgeführt.

Begrenzt wird die Handlungsfähigkeit der Partei jedoch durch ihre prekäre Finanzlage. Aufgrund falscher Angaben in den Rechenschaftsberichten für die Jahre 1997 und 1998 ist zu erwarten, dass der Präsident des Deutschen Bundestages von der NPD rund 870 000 Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung zurück fordern wird.¹⁷ Der damalige Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Thüringen hatte seit 1996 über mehrere Jahre und in großem Umfang falsche Spendenbescheinigungen ausgestellt, deren Beträge zum großen Teil in die NPD-Rechenschaftsberichte des jeweils folgenden Jahres verbucht wurden.¹⁸ Die Partei kündigte ihren Mitarbeitern in der Parteizentrale betriebsbedingt und bat ihre Mitglieder um eine Sonderzahlung von 100 Euro. Weitere Ursachen für die Verschuldung sind die hohen Wahlkampfausgaben und gestiegenen Personalkosten der NPD.

Bemühungen des Landesverbands

Am 4. Februar 2007 fand der NPD-Landesparteitag in Treptow-Köpenick statt. Neben der Verabschiedung des „Aktionsprogramms“ kündigte der Landesvorsitzende an, im Jahr 2007 30 öffentliche Veranstaltungen durchführen zu wollen.¹⁹ Am 26. Februar 2007 fand die erste Veranstaltung im Rahmen dieser Offensive statt. Die NPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg lud ins Rathaus zu einer Informationsveranstaltung. Es kamen ca. 50 Teilnehmer, darunter der NPD-Bundesvorsitzende sowie der Berliner Landesvorsitzende der Partei. Eine weitere Veranstaltung führte die NPD am 8. Mai 2007, dem Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht, in Neukölln durch. Die Saalveranstaltung unter dem Motto „Gestern eine Niederlage. Heute eine Chance. Morgen ein Sieg“ wurde von ca. 100 Personen besucht.

Weitere Versuche der Steigerung des Aktivitätsniveaus durch die Ausdifferenzierung der Partei hatten bislang nur mäßigen Erfolg. Am 16. September 2006 gründete sich in Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) innerhalb der NPD. Die weitgehend von einem völkischen Frauenbild geprägte Frauenorganisation soll Sprungbrett für Frauen sein, die Verantwortung in Kommunen, auf Landes- und Bundesebene übernehmen möchten.²⁰ Am 28. Oktober 2006 folgte die Gründung einer Regionalgruppe des RNF in Berlin. Diese plane die

¹⁶ Klaus Beier zitiert nach: Jörg Schindler: Die NPD strebt in die „Reichshauptstadt“. In: „Frankfurter Rundschau“ vom 10.11.2006.

¹⁷ Vgl. NPD erhält Abschlag nur gegen Sicherheit. Internetauftritt des Deutschen Bundestages, Pressemitteilung vom 10.11.2006.

¹⁸ Vgl. Urteil des Schöffengericht Erfurt vom 1.6.2006, Az.: 304 Js 14356/00 421 Ls.

¹⁹ Vgl. NPD verbirgt sich vor ihren Gegnern. In: „Berliner Zeitung“ vom 5.2.2007.

²⁰ Vgl. Grundsatz 4 des Rings Nationaler Frauen. Internetauftritt des RNF, Aufruf am 17.11.2006.

Erstellung von Flugblättern und einer Werbe-CD für junge Frauen sowie das Schreiben eines Kinderbuches, „das Heimatliebe und Identität vermitteln und sich gegen den üblichen Multikulti-Wahnsinn in deutschen Schul- und Kinderbüchern“²¹ richten soll. Mit weniger als zehn Angehörigen in Berlin scheinen diese Anliegen nur schwer erreichbar.

Auch die Versuche der Reaktivierung des Jugendverbands der NPD, der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) schlugen bislang fehl. Daneben bemüht sich die NPD in jüngster Zeit um die Reaktivierung ihres Jugendverbands „Junge Nationaldemokraten“ (JN). So wurden auf verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen Transparente der JN mitgeführt. Unter anderem forderte sie während einer Demonstration am 1. Mai 2007 in Neubrandenburg „Werde auch du ein Teil der Revolution. JN Berlin“. Am 6. Mai 2007 wurden nach einer Aktion am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow Flugblätter verteilt, für die die „JN-Treptow-Köpenick“ verantwortlich zeichnete.

5 BEWERTUNG

Anhand der veränderten Parteistrukturen, der strategischen Ausrichtung und der zahlreichen Aktivitäten ist ein deutlicher Aufschwung des Berliner NPD-Landesverbandes zu beobachten, jedoch stellen verschiedene Faktoren seine Nachhaltigkeit in Frage. So ist die Personaldecke der Partei weiterhin dünn. Die gestiegene Zahl von Aktivitäten wird von nur wenigen Aktivisten getragen. Vor allem der Landesvorsitzende verfügt aufgrund seines politischen Vorlebens als rechtsextremistischer Aktivist über hohe Autorität in weiten Teilen des rechtsextremistischen Spektrums. Diese Stellung nutzte er zu zahlreichen Auftritten im Bundesgebiet und im Ausland. Daneben verfügt er über sehr gute Kontakte zum Bundesvorsitzenden Udo Voigt und in die Bundespartei zentrale in Köpenick, die dem Landesverband zugute kommen. Mit seiner Wahl im Oktober 2005 ging die Zentralisierung der Parteiarbeit sowie der Parteistrukturen einher. Zahlreich NPD-Funktionäre, die Kreisverbandsvorsitzenden eingeschlossen, sind zumeist erst seit kurzem aktiv. Auf die Landeslisten für die Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen gelangten mehrere neue Parteimitglieder. Allein zwei der drei Fraktionsvorsitzenden in den BVV traten zuvor noch nicht öffentlich in Erscheinung. Einen Ausfall eines der Führungsaktivisten könnte der Landesverband kaum kompensieren.

Das Ausbleiben der angekündigten weiteren Kreisverbandsgründungen seit dem Februar 2006 zeigt die Grenzen des Wachstums der Berliner NPD. Die Partei erklärte anlässlich der Gründung des Kreisverbands „Nord“ im Februar, einer „rasanten Mitgliederentwicklung“²² der letzten Monate Rechnung zu tragen. Tatsächlich blieb der Mitgliederzuwachs überschaubar. Die Eigenangabe der NPD (von 350 Mitglieder in Berlin²³) ist weit überhöht, das selbstgesetzte Ziel von 700 Mitgliedern im Jahr 2007²⁴ erscheint unrealistisch.

Schließlich bleibt die Zusammenarbeit der NPD mit der DVU und den „Freien Kräften“ unter dem Titel „Volksfront“ fragil. Zu ungleich sind die Bündnis- und Ansprechpartner. Dabei handelt es sich um Unterschiede sowohl auf der ideologischen und strategischen Ebene wie im

²¹ Stella Palau: NPD-Frauen in Berlin. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 29.10.2006.

²² Kreisverband Nord gegründet. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 6.2.2006.

²³ Vgl. NPD Berlin gewinnt in kurzer Zeit dutzende neuer Mitglieder. Internetauftritt des Berliner NPD-Landesverbands, datiert vom 7.11.2006.

²⁴ Vgl. ebenda.

Habitus. Während die einen eine nationalsozialistische Revolution fordern und teilweise zu Gewalttaten bereit sind, streben andere Ruhe und Ordnung als oberste Priorität an. Dritte wiederum interessieren sich ausschließlich für subkulturelle Gemeinschaftserlebnisse.

Anzeichen für die unterschiedlichen Motivationslagen bei gemeinsamen Veranstaltungen zeigten sich anlässlich der „Lunikoff“-Demonstration. Während sich Teilnehmer im Internet positiv über die Demonstration, vor allem die Musikdarbietung äußerten, zeigten sich die Berliner Kameradschaftsaktivisten enttäuscht über den ihrer Meinung nach mangelnden politischen Anspruch einiger Veranstaltungsteilnehmer. Zudem bemängelten die „Freien Kräfte Berlin“ (FKB), dass sich die Solidaritäts-Demonstration allein auf „Lunikoff“ und nicht auch auf die übrigen inhaftierten Rechtsextremisten bezog. Die Berliner Kameradschaftsaktivisten verließen daher die Veranstaltung vorzeitig, noch während der Musikdarbietung. Überdeckt werden die Differenzen bislang von der Dynamik der Entwicklung, dem Bemühen um Interessenausgleich durch die NPD und persönlichen Loyalitäten. Ein Abflauen der Dynamik oder Phasen der Erfolglosigkeit dürften zu einem Aufbrechen der Gegensätze führen.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de